

Zentrum für Europäische Integrationsforschung  
Center for European Integration Studies  
Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Janusz Musial

Periodische Arbeits-  
migration aus Polen  
(Raum Oppeln)

nach Deutschland

Ein Testfall für die Erwerbs-  
wanderungen nach der  
Osterweiterung?

Discussion  
Paper

C 100  
2002

Janusz Musial, geb. 1967, Studium der Fächer Politische Wissenschaft und Wirtschaftsgeographie an der Universität Bonn. Von 1998-2001 Mitarbeiter am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI) der Universität Bonn mit Schwerpunkt in den deutsch-polnischen Beziehungen.

*Janusz Musial*

## **Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Oppeln) nach Deutschland**

Ein Testfall für die Erwerbswanderungen  
nach der Osterweiterung?

Die Verhandlungen über die Aufnahme der ersten zehn mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union (EU) treten in die entscheidende Phase ein. Die Kandidatenländer weisen unterschiedliche Erfolge in den Verhandlungen auf, setzten sich jedoch das ambitionierte Ziel, im Jahre 2003 diese abzuschließen und ein Jahr später der Gemeinschaft beizutreten. Im Zuge der Verhandlungen und der begleitenden Diskussion stellt sich die Problematik der Implementierung des Kapitels „Freizügigkeit der Personen und Dienstleistungen“ durch die künftigen Mitglieder der EU als ein mit großer emotionaler Gewichtung belasteter Abschnitt des *acquis communautaire* dar. Die im EU-Vertrag verankerte Personenfreizügigkeit<sup>1</sup> hat für die Gesellschaften der EU-Anwärter einen besonderen Wert: Die Öffnung der Grenzen und Märkte, die Möglichkeit, sich nach dem Bei-

1 In den Staaten der Europäischen Union gelten laut Art.14 Abs. 2 des EU-Vertrages in der Fassung von Amsterdam die so genannten vier Grundfreiheiten, wonach der europäische Binnenmarkt den freien Verkehr von Waren, Personen, Dienstleistungen und Kapital gewährleistet. Das bedeutet, dass Arbeitnehmer das Recht der freien Arbeitsplatzwahl innerhalb der 15 Mitgliedstaaten haben. Die Einzelheiten regelt Art. 39 des EU-Vertrages. Dort ist auch festgelegt, dass jeder Unionsbürger sich in jedem Mitgliedstaat um angebotene Stellen bewerben, dort einer Beschäftigung nachgehen, und dass er hinsichtlich der Entlohnung und der Arbeitsbedingungen nicht benachteiligt werden darf.

tritt zur EU in anderen Mitgliedsländern niederzulassen und eine Beschäftigung aufzunehmen, wurde in den oft heftigen Debatten in den Kandidatenländern von den Befürwortern als einer der „spürbaren“ Vorteile des Beitritts dargestellt. Ähnlich der Euro-Bargeldeinführung in den Ländern der Wirtschafts- und Währungsunion, die den Bürgern eine zunächst „imaginäre“ Währung nun in Form von barer Münze „handfest“ machte, sollte durch die vertraglich gewährte Freizügigkeit der Arbeitnehmer eine potentiell greifbare Chance der Verbesserung des Lebensstandards für alle „neuen“ Mitglieder eingeräumt werden. Die Freizügigkeit der Personen gilt als einer der Pfeiler des sich einigenden Europas und funktioniert eher als Symbol, denn als ein (EU-)bürgerliches Recht. Sie rief enorme Erwartungen bei den Kandidaten und Ängste vor der unkontrollierten Arbeitsmigration und der Destabilisierung des Arbeitsmarktes bei einigen EU-Mitgliedern hervor. Allen voran kamen seitens Deutschlands und Österreichs schon früh Signale über die Notwendigkeit einer mehrjährigen Übergangsperiode nach der Erweiterung nach Brüssel, die den angeblichen Zustrom der den heimischen Arbeitsmarkt destabilisierenden „billigen Arbeitskräfte“ aus Mittel- und Osteuropa (MOE) auf eine bestimmte Zeit begrenzt. Die übrigen EU-Länder reichten nur geringe oder gar keine Einwände ein; vielmehr waren sie bereit, ihre Arbeitsmärkte für die Arbeitskräfte aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten sofort zu öffnen und drängten die Kommission auf raschen Abschluß der Verhandlungen in diesem Bereich. Deutschland und Österreich betrachten sich als traditionelle Zielländer der Erwerbsmigranten aus MOE; die Entwicklung der Arbeitsmigration, vor allem nach 1989, zeigt in Bezug auf die Präferenzen bei der Wahl des Ziellandes der Erwerbsmigranten, dass der Schwerpunkt bei weitem auf Deutschland liegt. Der Konflikt über den von der Bundesregierung bei der Europäischen Kommission eingereichten Vorschlag, den Abschluss des Verhandlungskapitels „Freizügigkeit“ mit Errichtung einer mehrjährigen Übergangsperiode für die Arbeitskräfte aus MOE zu verknüpfen, belastet zunehmend das deutsch-polnische Verhältnis. Wirtschaftliche Probleme Deutschlands und die hohe Arbeitslosigkeit, vor allem in den grenznahen Gebieten zu Polen, wurden mit der als eine der Konsequenzen der Erweiterung drohenden Überschwemmung des deutschen Arbeits-

marktes durch die „mit dem Schraubendreher bei Fuß“ an der Oder wartenden Armee<sup>2</sup> konfrontiert. Die deutsche Presse wies dabei auf die enorme Diskrepanz in den Einkommen und dem Lebensstandard in der EU und den Kandidatenstaaten hin, die nach der Öffnung der Märkte zwangsläufig einen Migrationsschub auslösen muss. Dies würde zu einer Zunahme der Arbeitslosenquote im niedrig qualifizierten Arbeitsmarktbereich führen und unter Umständen die Senkung der Sozialleistungen bewirken. Eine ähnliche Argumentation findet man in der österreichischen Presse. Ein weiteres Argument für eine Übergangsperiode lieferte eine Reihe der in den Kandidatenstaaten durchgeführten Umfragen, in denen ein großes Migrationspotential erkennbar wurde. Andere Untersuchungen haben dagegen gezeigt, dass sich nur ein geringer Teil der Bevölkerung zum Auswandern in ein anderes EU-Land bereit erklärt. So wurde die Debatte über die Öffnung der EU-Arbeitsmärkte durch die Interpretation der Umfrageergebnisse dominiert; sie lieferte sowohl den Gegnern der Öffnung als auch den Befürwortern eine jeweils für ihren Standpunkt passende Argumentation.

Die Verhandlungsposition der Kandidatenländer stützte sich ebenfalls auf die Umfrageergebnisse und setzte die vollständige Aufnahme und die Implementierung des Artikels 14 des EU-Vertrages in die Beitrittsverträge voraus. Am Beispiel Polens wird dies am besten sichtbar: Die polnische Verhandlungsdelegation beharrt auf dem freien Arbeitnehmerverkehr vom ersten Tag der EU-Mitgliedschaft an. Es ist eins der Argumente in den heimischen Diskussionen über Pro und Kontra des Beitritts; hier wird deutlich, dass die Möglichkeit für Polen, in einem anderen EU-Land zu arbeiten einen hohen wirtschaftlichen, doch vor allem psychologischen Wert darstellt. Man kann sogar sagen, sie ist die „Personifizierung“ der europäischen Einigung, in der individueller Nutzen nicht mehr imaginär, sondern real vorhanden und existenziell wahrgenommen wird. Die anderen Bestandteile der europäischen Politiken, die für ein Land wie Polen von entscheidender Be-

2 Ende der Neunziger Jahre in der deutschen Presse oft zitierte Beschreibung der vermeintlichen „Überflutung“ des deutschen Arbeitsmarktes nach der Osterweiterung durch billige Arbeitskraft aus den Mittel- und Osteuropäischen Staaten.

deutung sind, wie Struktur- und Kohäsionsfonds, regionale Förderung und Gemeinsame Agrarpolitik, scheinen eher abstrakt; die Beschlüsse der Agenda 2000-Konferenz, die 1999 in Berlin die wirtschaftlichen Weichen für die Osterweiterung stellten, haben die Mittel für die neuen Mitglieder aus der Sicht der Kandidaten in einer unzureichenden Form bereitgestellt<sup>3</sup>.

Die Diskussion über Freizügigkeit der Arbeitnehmer nach der Erweiterung wird in Deutschland von unterschiedlichen Standpunkten aus geführt. Sie wird jedoch nicht als Teil der aktuellen Debatte über das neue Zuwanderungsgesetz betrachtet, das die Bundesregierung noch vor der Bundestagswahl 2002 verabschieden will. Dabei erkennt man zwei gegensätzliche Positionen: die der Gewerkschaften und die der Arbeitgeber. In ihrer Argumentation für oder gegen die sofortige Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes stützen sie sich auf diverse wissenschaftliche Untersuchungen und ihre Ergebnisse.

### ***Die Ergebnisse einiger Umfragen und Gutachten***

In den Debatten über mögliche Auswirkungen der Osterweiterung auf den deutschen Arbeitsmarkt werden Ergebnisse der regelmäßig durchgeführten Umfragen und Gutachten herangezogen. Die zahlreichen Arbeiten, die sich mit dem Thema befassen, zeigen im Ergebnis zwei gegensätzliche Positionen auf:

1. Nach der Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für die Arbeitskräfte aus MOE-Ländern wird eine relativ geringe Zahl an Erwerbsmigranten erwartet; die Bedürfnisse des Marktes und große Defizite in einigen Bereichen werden die Arbeitsmigranten problemlos einbinden können.
- 3 Die Beschlüsse der Agenda 2000 sehen bis zum Jahr 2006 keine direkten Beihilfen im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) für die Landwirte aus den neuen Mitglieds-Staaten vor. Die EU-Kommission hat jedoch im Februar 2002 den Kandidaten eine progressive Zahlung von zunächst 25% des Beihilfesatzes, der heute an

2. Die zum Teil enormen Lohnunterschiede und Disparitäten im Lebensstandard zwischen den „alten“ und den „neuen“ EU-Mitgliedern werden die in manchen Ländern traditionellen Migrationspotentiale verstärken, zu einer Westwanderung führen, und den Arbeitsmarkt im Niedriglohnbereich destabilisieren.

Eine Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) vergleicht die vergangenen Erweiterungen der EG mit der kommenden Osterweiterung und nennt das Einkommensgefälle als die Erwerbsmigration stimulierenden *Pull*-Faktoren. Diese Disparität ist größer als bei den vergangenen Erweiterungsrunden. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf in den zehn MOE-Ländern der ersten Erweiterungsrunde belief sich 1997 (zu Kaufkraftparitäten) schätzungsweise auf 30% bis 40% des durchschnittlichen Niveaus der heutigen EU-Mitglieder. Gemessen in laufenden Wechselkursen waren es entsprechend 10%-15%. Im Vergleich dazu erreichte Griechenland Ende der Siebziger Jahre ein BIP pro Kopf (zu Kaufkraftparitäten) in Höhe von etwa 70%. Im Falle Spaniens und Portugals waren es Anfang der Achtziger Jahre entsprechend 70% und 60% des Durchschnitts der damaligen EG. Es wird jedoch eine stetige Angleichung der Pro-Kopf-Einkommen in den einzelnen europäischen Marktwirtschaften beobachtet. Die Autoren der Studie haben errechnet, dass falls das Pro-Kopf-Einkommen der EU-Kandidaten mit der gleichen Geschwindigkeit zu den entsprechenden Einkommen der „Fünfzehn“ wächst wie die heutigen EU-Länder während Nachkriegszeit, würde allein die Halbierung des Einkommensgefälles mehr als dreißig Jahre dauern. Dies wird eine signifikante Auswirkung auf das Migrationspotential in den Beitrittskandidatenländern haben. Das Migrationsszenario für Deutschland (für 2002 als das Erweiterungsjahr) geht von einer Zunahme der Zuwanderer im ersten Jahr von

die EU-Landwirte fließt, vorgeschlagen. Dies wurde von den Beitrittskandidaten als inakzeptabel zurückgewiesen.

220.000 aus, um gegen Ende der Dekade auf 95.000 zu fallen<sup>4</sup>. Die Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo) prognostiziert wiederum eine Zuwanderung nach Deutschland in Höhe von jährlich 160.000-380.000 Personen, das ergibt eine Nettozunahme von 4-5 Millionen in den ersten 15 Jahren nach der Erweiterung, und bezieht sich auf die Migranten aus den bevölkerungsreichsten aller Beitrittskandidaten. In Bezug auf die Kandidaten der ersten Erweiterungsrunde (also ohne Rumänien und Bulgarien) würden sich die Proportionen ändern: Innerhalb der nächsten 15 Jahren wird sich die Zahl der Zuwanderer in Deutschland auf 2,1-2,7 Millionen netto, etwa 120.000-150.000 jährlich, belaufen. Die Analyse der Situation in Deutschland und den Kandidatenstaaten führt zu der Einsicht, dass der Arbeitsmarktbereich für wenig qualifizierte deutsche Arbeitnehmer aufgrund des hohen Migrationspotentials in diesem Bereich in den Kandidatenländern unter einem erhöhten Lohndruck stehen wird, was eine vorübergehende negative Auswirkung auf Deutschland haben wird. Auf Ergebnisse dieser Studie berufen sich die Befürworter einer Übergangsperiode von sieben Jahren, die hier empfohlen wird, um den erwarteten Migrationsdruck zu regulieren<sup>5</sup>.

Das Gutachten des Instituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) hat die Ergebnisse der prognostizierten Bruttozuwanderung (d.h. ohne die Rückwanderung der Migranten in ihre Heimatländer) vorgelegt. Danach würden in den nächsten Jahren nach der Erweiterung der EU voraussichtlich 1,3-2 Millionen Menschen nach Deutschland einwandern – was zwei Drittel aller Migranten ausmachen würde. Dabei werden die schon bestehende Netzwerke von Landsleuten eine entscheidende Rolle spielen – z.B. von den in Deutschland lebenden Polen. Die Effekte der Einwanderung auf den Ar-

4 Vgl. H. Brücker/ P. Trübswetter/ C. Weise, EU-Osterweiterung: Keine massive Zuwanderung zu erwarten, DIW-Wochenbericht 21/2000, Berlin 2000.

5 Vgl. Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), EU-Erweiterung und Arbeitskräfte-migration. Wege zu einer schrittweisen Annäherung der Arbeitsmärkte, München 2001



beitsmarkt werden in dem Gutachten als problemlos bezeichnet. Im Gegenteil wird durch den Zustrom von Fachkräften bewirktes deutliches Wirtschaftswachstum vorausgesagt. Zur Steuerung der Zuwanderung mit dem Gewicht auf hoch qualifizierte Arbeitskräfte wird ein zeitweiliger Steuermechanismus auf europäischer Ebene empfohlen<sup>6</sup>.

Die Prognose der Europäischen Kommission basiert auf der demographischen Entwicklung in vier der Kandidatenstaaten: Polen, Tschechien, Ungarn und Estland und sagt sogar eine deutlich geringere Einwanderung nach Deutschland voraus. Die Behauptung bezieht sich auf die demographische Struktur der vier Länder, deren Alterspyramide einen deutlichen Anteil der migrationsrelevanten Bevölkerung unter 40 Jahren aufweist (Polen liegt hier an der Spitze mit 30% unter 20 Jahren), doch die Entwicklungstendenz folgt dem in Westeuropa allgemeinen Trend der Alterung der Gesellschaft, was das Migrationspotential erheblich verringern wird. In drei Migrationsszenarien wird von einer Zuwanderungsrate in absoluten Zahlen zwischen 14.000 und 63.000 Personen ausgegangen<sup>7</sup>.

Neben den theoretischen Überlegungen und Schätzungen der Migrationspotentiale in den Kandidatenländern bedienen sich die streitenden Parteien in der Diskussion, ob und wie lange die Regulierung der Freizügigkeit der Arbeitnehmer gelten soll, auch zweier praktischer Beispiele. Das eine stammt aus der Zeit nach der Öffnung der Grenzen 1990 und der Liberalisierung im Reiseverkehr zwischen der Europäischen Gemeinschaft und einigen Staaten Mitteleuropas. Das zweite Beispiel bezieht sich auf die aktuelle Debatte über die strukturellen Probleme des deutschen Arbeitsmarktes und der starken Defizite in einigen Bereichen, die hohe Qualifikation der

6 Vgl. Thomas Bauer/ Klaus F. Zimmermann, Assessment of Possible Migration Pressure and its Labour Market Impact Following EU Enlargement to Central and Eastern Europe. A Study for the Department for Education and Employment, Köln 1999

7 Vgl. Michael Fertig/ Christoph M. Schmidt, Aggregate-Level Migration Studies As a Tool for Forecasting Future Migration Streams, „Information Note“ der Europäischen Kommission, 6 März 2001.

Arbeitnehmer erfordern – wie zum Beispiel in der Computerindustrie. Zum Ausgleich des Defizits wurde eine *Greencard*-Kampagne gestartet, die sich an hoch qualifizierte Fachleute unter anderem aus Mittel- und Osteuropa richtet.

### *Liberalisierung im Reiseverkehr Anfang der Neunziger Jahre*

Gegen die These, nach der Osterweiterung käme es zu einer unkontrollierten, ökonomisch bedingten Zuwanderung aus den neuen Mitgliedstaaten wird als eines der Argumente das Modell der „angepassten“ Aufhebung der Visapflicht im Reiseverkehr aus den Staaten des ehemaligen Ostblocks vorgebracht. Die Liberalisierung in Reiseverkehr hat bekanntlich zu keiner massenhaften Migration nach Deutschland geführt, obwohl sich die damalige Gegenargumentation auf die ökonomische Situation und ihre Disparitäten beispielsweise zwischen Deutschland und Polen stützte, die Anfang der Neunziger Jahre erheblich tiefer waren als heute. Die Oder-Neiße-Grenze hat das Wohlstandsgefälle zwischen West und Ost geradezu symbolisiert. Auch damals stellte die Demoskopie ein signifikantes Mobilitätspotential in Polen fest und prognostizierte eine starke Migrationsbewegung. Es ist zu unterstreichen, dass die Befragten in Polen die politische und ökonomische Entwicklung des Landes in der kommenden Dekade schwer einzuschätzen vermochten; zwar zeigten die Transformationsprozesse und die vom Finanzminister Leszek Balcerowicz eingeleiteten wirtschaftlichen Reformen erste Erfolge, die turbulente Entwicklung der politischen Bühne Polens entsprach jedoch nicht unbedingt den Vorstellungen von einem schnellen Aufschwung, an dem alle Polen teilhaben. Es herrschte zunächst Ungewissheit über die Situation auf dem Arbeitsmarkt; neue, unbekannte Probleme wie Arbeitslosigkeit, Anpassungsprobleme in der neuen ökonomischen Situation, Zerfall der sozialen Sicherheit und steigende Kriminalität waren unter anderem die Konsequenzen der beginnenden Transformation. Bald zeigte sich die Aufteilung der Gesellschaft in „Gewinner“ und „Verlierer“ der Reformen. Addiert man dazu die Tatsache, dass nun jeder Bürger einen Reisepass beantragen und ihn zu Hause aufbewahren durfte, was bis dato bei den Reisen ins westliche Ausland

die schwierigste, bürokratische Hürde darstellte, stand (ausgenommen des Startkapitals) für die Migrationswilligen scheinbar nichts mehr im Wege. Die geographische Nähe, enorme Lohnunterschiede und teilweise in den Siebziger und Achtziger Jahren aufgebaute, aus Familien- oder Bekanntenkreisen bestehende Netzwerke zwischen beider Ländern, stellten die besten Voraussetzungen für eine schnelle und dauerhafte Verankerung der Migranten im Zielland dar. Das Auftreten der *Push*- und *Pull*-Faktoren, die gesellschaftliche Mobilität signifikant beeinflussen, konnten den entscheidenden Faktor nicht übertreffen: Die legale, administrativ regulierte Möglichkeit der Beschäftigung oder gar Niederlassung in den Ländern der EG/EU war ja nicht gegeben. Die nach der Verhängung des Kriegsrechts in Polen 1981 starke, politisch bedingte Auswanderung in die Mitgliedsstaaten der EG, in die USA und Kanada, kam acht Jahre später zum Erliegen - Polen war nun ein freies, demokratisches Land. Dieser Umstand wird in der Argumentation der ausgebliebenen Einreisewelle zu Beginn der Neunziger Jahre vergessen.

Die Hoffnung auf die spürbare Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse und ihre Erfüllung, Modernisierung und Öffnung des Landes, Erfolge in der Außenpolitik, neue Arbeitsplätze und Professionen, berufliche Perspektiven und Aufstiegschancen für breite Schichten der Bevölkerung, stetiges und hohes Wirtschaftswachstum (Polens Wirtschaft wuchs in den Neunziger Jahren um durchschnittlich 5% jährlich) schafften im Laufe der letzten Dekade eine sichere Basis und gute Perspektive für die weitere Entwicklung des Landes. Der NATO-Beitritt 1999 befriedigte das historisch bedingte Sicherheitsbedürfnis Polens. Zwar bleibt die Art der Verhandlungen und die künftige „Qualität“ der Mitgliedschaft in der Europäischen Union in der Bevölkerung umstritten, die Bedeutung der historischen Gewichtung dieses Schritts und das Bewusstsein von daraus resultierendem, nicht nur materiellem Nutzen für Polen ist präsent. Sicherlich haben diese Faktoren die Bereitschaft zur Auswanderung erheblich verringert. An ihrer Stelle entwickelte sich aber ein neues Migrationsmodell, das keinen dauerhaften Charakter mehr hat: Die periodische Erwerbswanderung.

### *Die Greencard-Initiative*

Als ein weiteres Argument gegen die These der „Überflutung“ des Arbeitsmarktes wird das Beispiel der *Greencard*-Initiative der Bundesregierung zur Anwerbung der ausländischen Computerspezialisten vorgebracht. Die Aktion kam durch den massiven Druck der Industrie zustande und richtet sich unter anderem an die Spezialisten aus Mittel- und Osteuropa. Sie hätten den Vorteil, aufgrund der gemeinsamen kulturellen Wurzel nicht „richtig“ emigrieren zu müssen und besser und schneller als z.B. indische Fachleute, die soziale Anbindung in Deutschland zu finden. Das *Greencard*-Angebot richtete sich auch an die polnischen Staatsbürger und wurde in der Öffentlichkeit oft diskutiert. Der Mangel an hoch qualifizierten Fachkräften, nicht nur in der Computerbranche, beschränkt die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands in der Welt zunehmend. Mit der Initiative der Bundesregierung soll sie verbessert werden – an dem Kampf um die besten Köpfe nimmt nun auch die Bundesrepublik offiziell teil. Doch die vorläufige Bilanz ist ernüchternd; nur eine kleine Gruppe der polnischen Informatiker (knapp über 100 Personen) hat sich für die deutsche *Greencard* interessiert. Die Familie des Interessenten betreffende Auflagen und die beruflichen Perspektiven in Deutschland scheinen für die potentiellen Kandidaten nicht allzu ansprechend zu sein – andere Länder bieten offenbar bessere Konditionen an. Dies bedeutet aber keinesfalls, dass Deutschland und sein Arbeitsmarkt für die Fachleute aus MOE-Ländern ökonomisch nicht interessant ist. Die *Greencard*-Initiative betrifft eine schmale Elitegruppe von Spezialisten, die sich in der exklusiven Position der Wahl der Angebote aus der ganzen Welt befinden. Die ökonomischen Anreize können sie auch dazu verleiten, das Heimatland nicht zu verlassen, wenn die Bedingungen im Ausland marginal besser sind. Der Vorteil der Beschäftigung im Ausland kann in diesem Fall den die Übersiedlung begleitenden Aufwand nicht kompensieren.

Dieses Beispiel ist nicht signifikant für andere Berufsgruppen. Die großen Unterschiede im Einkommen einerseits und geringes Stellenangebot im

Ursprungsland andererseits würden das Interesse an einer ähnlichen Aktion, die sich beispielsweise an verschiedene handwerkliche Berufe richtete, sicherlich stark ausfallen lassen. So darf das Modell der deutschen *Green-card* nicht als Untermauerung der Argumentation gegen die Übergangsperiode auf dem Arbeitsmarkt angewandt werden.

### ***Struktur der periodischen Erwerbsmigration aus Opper Schlesien nach Deutschland***

Alle bisher veröffentlichten Studien zeigen jedoch eine Gemeinsamkeit auf: Sie basieren unter anderem auf den theoretischen Analysen der Umfragen, die vom Befragten ein subjektives Verhalten in einer potentiellen, jedoch abstrakt erscheinenden Situation, verlangen. Die Umfragen über Migration aus den künftigen „neuen“ Mitgliedern in die „alte“ EU versuchen, in einer repräsentativen Stichprobe die möglichen Verhaltensmuster einer bestimmten Gruppe (Gesellschaft) in einer bestimmten Situation aufzuzeigen und daraus unter anderem Prognosen für die Zukunft zu erstellen. Die Ergebnisse der Untersuchung hängen von sehr vielen Faktoren ab, wie etwa der Form der Fragestellung, dem Zeitpunkt der Durchführung der Umfrage, der gesamtpolitischen und wirtschaftlichen Situation des Landes/der Region oder der subjektiven Kondition des Befragten. Die gegenwärtige Lage im Umfeld des Befragten (hier: Die vorhandene oder nicht vorhandene Möglichkeit in einem EU-Land zu leben und/oder zu arbeiten) bleibt jedoch ausschlaggebend: Hätte der Befragte die Möglichkeit, von der Gelegenheit, beispielsweise im laufenden Jahr im Ausland (hier Deutschland) für eine gewisse Zeit Beschäftigung aufzunehmen, Gebrauch zu machen, wäre der Grad der Migrationsbereitschaft höher ausgefallen.

Die periodischen Arbeitswanderungen aus Opper Schlesien nach Deutschland seit den Neunziger Jahren stellen ein praxisnahes Objekt für die Untersuchungen der Wanderung von Ost nach West im Falle der vollen Gewährung der Freizügigkeit der Personen dar. Zwar rekrutieren sich die schlesischen Migranten ausschließlich aus deutschstämmigen polnischen

Staatsbürgern, die zugleich deutsche Staatsangehörige sind und einen deutschen Reisepass besitzen<sup>8</sup>, doch können anhand dieses Beispiels Prognosen für die Wanderungen der polnischen Staatsbürger nach dem Ablauf der Übergangsfristen mit hohem Wahrscheinlichkeitsgrad erstellt werden. Interessant dabei ist der Charakter dieser Migration: Im Gegensatz zur dauerhaften Emigration bis 1990 entwickelte sich in der letzten Dekade ein Wanderungssystem, das ausschließlich eine unterschiedlich lang andauernde Beschäftigung in einem EU-Land zum Ziel hat.

### *Staatsrechtlicher Status der deutschen Minderheit in Polen*

Der rechtliche Status der deutschen Minderheit in Polen regeln die Artikel 2, 20, 21 und 22 des „Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“, der am 17. Juni 1991 unterzeichnet wurde. Der Nachbarschaftsvertrag garantierte den Deutschen in Polen das Recht auf freien Gebrauch der Muttersprache, auf Gründung deutscher Bildungs-, Kultur- und Religionseinrichtungen und den ungehinderten Kontakt über die Grenzen. Die zwangsweise Polonisierung der Vor- und Familiennamen konnte von den Betroffenen rückgängig gemacht werden. Die Verwehrung dieser Rechte zusammen mit der katastrophalen wirtschaftlichen Situation Polens waren die Hauptursachen für die Auswanderung der Deutschen. Betrachtet man die Wanderung aus Opper Schlesien in die Bundesrepublik seit den Fünfziger Jahren, können zwei Perioden mit unterschiedlicher Qualität der Wanderung ausgewiesen werden. Beide unterscheiden sich in Charakter und Motivation. Der Zeitraum zwischen 1950 und 1989 betraf eine mit unterschiedlicher Intensität geprägte Migration, die ausschließlich den Status einer endgültigen Auswanderung hatte. Die Spätaussiedler beriefen sich auf

8 Die Bezeichnung „schlesische Migranten“ oder „schlesische Pendler“ bezieht sich im Folgenden auf die in der EU arbeitenden Einwohner der Gemeinden der Wojewodschaft Oppeln, die sich mit polnischem und deutschem Reisepass legitimierten.

die Bestimmungen des Artikels 116 des Grundgesetzes<sup>9</sup>. Die erste große Ausreisewelle aus Polen nach 1950 kam im Zuge des am Rande der KSZE-Konferenz in Helsinki 1975 unterzeichneten Ausreiseprotokolls, wonach innerhalb von vier Jahren bis zu 125.000 Personen die Ausreisegenehmigung erhalten sollten. Den nächsten Höhepunkt erreichte die Emigration 1980-1981 und gegen Ende der Achtziger Jahre, um dann abrupt abzueben. Erreichte die Auswanderung nach Deutschland vor über zehn Jahren hohe Prozentwerte, so ist sie heute marginal; die Werte bewegen sich im Promillebereich. Dies war die Konsequenz der Anerkennung der nationalen Minderheiten durch den polnischen Staat und der Unterzeichnung der deutsch-polnischen Verträge. Auch die verschärften Bestimmungen für den Nachzug der Spätaussiedler nach Deutschland spielten dabei eine Rolle.

Die Anwendung des bereits erwähnten Artikels 116 GG ermöglichte nach Bestätigung der deutschen Staatsangehörigkeit für deutschstämmige polnische Staatsangehörige die Beantragung eines deutschen Reisepasses bei den diplomatischen Vertretungen der Bundesrepublik in Polen. Laut der juristischen Auslegung des Artikels 116 GG behielten diese Personen die deutsche Staatsangehörigkeit unabhängig des sich in Folge des Krieges veränderten Grenzverlaufs. Der Bundestag stellte in einer Erklärung fest:

"Jeder deutsche Staatsangehörige, und damit auch ein deutsch-polnischer Mehrstaater, hat einen Rechtsanspruch darauf, dass auf sein Verlangen seine deutsche Staatsangehörigkeit festgestellt wird. Die Versagung eines Staatsangehörigkeit-Ausweises würde deutschen Staatsangehörigen gegenüber in die Nähe des durch Artikel 16 Abs. 1 Satz 1 GG verbotenen Entzuges der deutschen Staatsangehörigkeit rücken, wie das Bundesverwaltungsgericht in einem Urteil vom 16. September 1966 festgestellt hat."<sup>10</sup>

9 Artikel 116 (1) des Grundgesetzes, Übergangs- und Schlussbestimmungen: „Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist vorbehaltlich anderweitiger gesetzlicher Regelung, wer die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt oder als Flüchtling oder Vertriebener deutscher Volkszugehörigkeit oder als dessen Ehegatte oder Abkömmling in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat“.

10 Drucksache des Bundestages Nr. 13/1164, Seite 2

So handelte es sich bei der Vergabe des Dokuments nach der sorgfältigen Überprüfung der Unterlagen um einen administrativen Akt. Gleichzeitig wurden nach Inkrafttretens des Vertrages die sozialen und kulturellen Vereine der Deutschen, sowie Einrichtungen und Projekte mit den Mitteln der Bundesregierung gefördert. Dieser Schritt hatte zum Ziel, die Menschen zum Verbleib in ihrer Heimat zu überzeugen und mit dem Reisepass die Möglichkeit einzuräumen, mit den in Deutschland lebenden Verwandten ohne bürokratische Hürden Kontakt aufrechtzuerhalten und gegebenenfalls legale Beschäftigung aufzunehmen oder gewisse Sozialleistungen in Anspruch zu nehmen. Die Zahl der Deutschen im Raum Oppeln wird auf mindestens 300.000 geschätzt<sup>11</sup>; die Zahl der Reisepassinhaber dürfte sich auf 120.000-130.000 belaufen<sup>12</sup>. Der Besitz der deutschen Staatsbürgerschaft schließt aber die polnische nicht aus und so ergibt sich daraus ein Problem der doppelten Staatsangehörigkeit, die weder von Polen noch von Deutschland rechtlich anerkannt, von beiden Seiten jedoch geduldet wird.

Die polnischen Staatsbürger, die zugleich deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, sind automatisch nach den Bestimmungen des EU-Vertrages Bürger der Europäischen Union. Sie genießen alle Rechte, die sich aus dem EU-Vertrag ergeben, die volle Freizügigkeit der Personen inklusive. Dieser Umstand hat die entscheidende Bedeutung für die erwerbsbedingten Wanderungsbewegungen aus Oppelner Schlesien in die Staaten der Europäischen Union. Nach dem Beitritt Polens in die EU werden danach alle polnischen Staatsangehörige Bürger der Union sein. Die Frage ist, welche Alters- und Berufsgruppen die Gelegenheit ergreifen werden, in den Staaten der „alten“ EU Arbeit zu suchen und welche Umstände sie dazu verleiten werden. In dieser Hinsicht sind die Analyse der Arbeitsmigration aus

11 Vgl. Thomas Urban, Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit, München 1993

12 Vgl. Krystian Heffner/Brigida Solga, Praca w RFN i migracje polsko-niemieckie a rozwój regionalny Śląska Opolskiego, Opole 1999, Seite 71



Oppelner Schlesien und die daraus resultierenden Folgerungen für die Aufstellung einer Migrationsprognose sicherlich hilfreich.

Seit Anfang der Neunziger Jahre ist die Arbeitsmigration aus dem Raum Oppeln nach Deutschland ein fester Bestandteil der ökonomischen und sozialen Entwicklung der Region. Die Auswirkungen der Migration auf die Region wurden im Laufe der Zeit gravierend und brachten für die Akteure nicht nur Vorteile mit sich. Die Folgen der Abwanderung wirken sich auch auf andere Bereiche, wie die finanzielle Kondition der Gemeinden aus, aus denen die Migranten stammen oder auf den heimischen Arbeitsmarkt. Neben dem Einfluss auf die wirtschaftliche Lage sind Veränderungen in dem für diese Region charakteristischen, traditionellen sozialen Gefüge zu beobachten. Dort, wo sich die Arbeitsmigration zur Haupteinkommensquelle der lokalen Bevölkerung entwickelte, treten bisher unbekannte soziale Probleme auf. Die periodische Abwanderung aus der Region droht die dortige gesamtwirtschaftliche und demographische Lage zu deformieren. Einige regionale Forschungseinrichtungen, wie das Schlesische Institut (Instytut Śląski) in Oppeln, führen regelmäßig Untersuchungen unter soziologischen und wirtschaftsgeographischen Gesichtspunkten durch.

### *Push- und Pull-Faktoren*

Die räumliche Konzentration der Gemeinden mit dem höchsten Anteil an der deutschstämmigen Bevölkerung erstreckt sich auf den mittleren und östlichen Teil der Wojewodschaft Oppeln. Diese Gemeinden charakterisieren sich durch die höchste Migrationsquote der Personen im erwerbsfähigen Alter. Wie bereits erwähnt, beträgt die Zahl der „Doppelpass-Inhaber“ 120.000-130.000. Davon arbeiten in Deutschland regelmäßig etwa 77.000<sup>13</sup>, was einen Wert von entsprechend 59% und 64% ergibt. Betrachtet man die Dauer der Beschäftigung, so liegt sie mit insgesamt

13 Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter. Quelle: Daten des Statistischen Hauptamtes (GUS) für die Wojewodschaft Oppeln für das Jahr 1995.

über sechs Monaten im Jahr an der Spitze, was auf die beste Relation des materiellen Gewinns zum Bruttoeinkommen schließen lässt. Etwa ein Viertel der Befragten arbeitet in Deutschland höchstens drei Monate lang. Die Praxis zeigt, dass die einzelnen Beschäftigungsabschnitte unterschiedlich lang sind und dass die dazwischen liegende Zeit in der Heimat verbracht wird.

Dauer der Beschäftigung in Deutschland im Jahr insgesamt (in %)			
1-4 Wochen	1-3 Monate	3-6 Monate	Über sechs Monate
5,6	22,1	9,9	60,4

Quelle: Eigene Untersuchung

Die Gründe, die zur Aufnahme der Beschäftigung in Deutschland verleiten, sind vielschichtig. Die Ergebnisse der Ende 2001 im Oppelner Raum durchgeführten Untersuchung<sup>14</sup> weisen im Wesentlichen auf den ökonomischen Faktor hin. Sie ähneln den Untersuchungsergebnissen anderer Studien<sup>15</sup>. Die wirtschaftliche Transformation und das stetige Wachstum des BIP in Polen haben zwar gesamt gesehen die Unterschiede im Einkommen zwischen Deutschland und Polen erheblich verringern können. Doch die Unterschiede sind nach wie vor groß und betragen im Einkommen in vergleichbaren Berufsbranchen etwa 1:4, obwohl die seit einigen Jahren beobachtete kontinuierliche Aufwertung des polnischen Złoty sich auf den realen Wert des im Ausland erzielten Einkommen negativ auswirkt. Aus den Einkommensrelationen ergibt sich ein weiterer migrationsstimulierender Faktor: Die Zeit. Innerhalb einer kurzen Zeitperiode kann so Einkommen

14 Im Rahmen einer wissenschaftlichen Arbeit an der Universität Bonn wurden im Herbst und Winter 2001 in einer Stichprobe 161 aus dem Raum Oppeln stammende Pendler, die polnische und deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, befragt.

15 Vgl. Krystian Heffner/ Brigida Solga, *Praca w RFN i migracje polsko-niemieckie a rozwój regionalny Śląska Opolskiego*, Opole 1999; Robert Rauziński, *Współczesne migracje zagraniczne ze Śląska w świetle stosunków narodowościowych i demograficznych*. In: *Śląsk Opolski*, Nr. 2/1999, Seiten 23-32.

erzielt werden, dessen Gewinnung im Heimatland entsprechend längere Zeit in Anspruch nehmen würde.

Die Analyse der Präferenzen für die Verwendung der erarbeiteten Mittel gibt Aufschluss über die ökonomischen Motive der Arbeitswanderer. Charakteristisch sind die beinahe identischen Ergebnisse in den zwei Fragepunkten, konsumorientierte Verwendung der Mittel und finanzielle Unterstützung der Familie. Dies könnte bedeuten, dass etwa die Hälfte der Pendler bei der Entscheidung, in Deutschland Beschäftigung aufzunehmen, sich davon die Verbesserung des Lebensstandards versprechen. Der andere, gleichgroße Teil, scheint durch ökonomische Umstände im Heimatland gewissermaßen gezwungen sein, auf ähnliche Weise seinen Lebensunterhalt zu bestreiten. Interessant ist auch die kleinste Gruppe der Befragten, die planen, mit den erarbeiteten Mitteln in der Heimat ein eigenes Privatunternehmen zu gründen. Hier bieten sich zwei Erklärungen für diesen geringen Prozentsatz an, die Frage nach der Größe der für die Existenzgründung nötigen Mittel einerseits und die allgemeine wirtschaftliche Lage in der Heimat andererseits. Das durchschnittliche Jahresgehalt eines schlesischen Bauarbeiters in Deutschland nach Abzug der Eigenkosten (Unterkunft, Verpflegung, Reisekosten) dürfte hier nicht ausreichend sein. Hierbei sollte man noch auf die gegenwärtig schwierige wirtschaftliche Lage in Polen hinweisen, die den Sinn einer Existenzgründung infrage stellt.

Präferenzen bei der Verwendung der in Deutschland erarbeiteten Mittel (in %)*				
Sparen auf dem Bankkonto	Fahrzeugkauf, Auslandsurlaub, Ausbau des Hauses	Existenzgründung	Finanzielle Unterstützung der Familie	Andere
14,9	42,2	6,8	42,8	26

Quelle: Eigene Untersuchung

\*Mehrfache Antworten möglich

Es ist zu vermuten, dass ähnliche Motive und Präferenzen die Arbeitskräfte aus den Kandidatenländern dazu verleiten werden, nach dem Ende der regulativen Einschränkungen auf den Arbeitsmärkten, Beschäftigung in der „alten“ EU zu suchen.

### *Klassifikation nach Berufsgruppen und Bildungsgrad*

Interessant ist die Berufsstruktur der Migranten. Nimmt man das Zielland Deutschland als Beispiel und analysiert den dortigen Arbeitsmarkt, der sich trotz hoher Arbeitslosigkeit durch große Defizite in vielen Bereichen wie beispielsweise im Handwerk auszeichnet (einige Quelle sprechen von 1,5 Mio. offenen Stellen im Jahre 2000)<sup>16</sup>, so entspricht die Struktur der Berufsgruppen der Migranten der Nachfrage im Zielland. Danach werden hauptsächlich Vertreter der in der Baubranche benötigten Berufe wie Maurer, Zimmerer, Anstreicher, Drechsler, Fräser, Schweißer und Monteure gesucht. Es scheint paradox, angesichts der ausgerechnet in der Baubranche hohen Arbeitslosenquote in Deutschland, ausländische Arbeitskräfte zu beschäftigen. Die Ursache liegt im Vergabesystem der diversen Aufträge an die Subunternehmen im Baugewerbe. Diese fungieren zunehmend als Arbeitsvermittler und stellen nach Bedarf entsprechende Fachkräfte zu Verfügung. Hier sind die Lohnunterschiede eine treibende Kraft. Die Baubran-

16 Vgl. dazu Unabhängige Kommission „Zuwanderung“, Bericht Zuwanderung gestalten, Integration fördern, Berlin 2001, Seite 40.

che, die Anfang der Neunziger Jahre in Folge der deutschen Wiedervereinigung eine rasante Entwicklung erfuhr, benötigte zunächst auch ausländische Fachkräfte aus den EU-Ländern, wie Portugal, Spanien oder Großbritannien. Die Gelegenheit, Arbeitskräfte aus Oppelner Schlesien mit deutschem Reisepass auf deutschen Baustellen einzusetzen wuchs schnell zu einer regelrechten Industrie – die Zahl der Vermittlungsfirmen stieg rasant an. Die Baubranche befindet sich nun seit einigen Jahren in der Krise. Die Ursachen sind in der ausgebliebenen Reaktion auf die schwache Konjunktur zu sehen. In Konsequenz müssen die nicht mehr wettbewerbsfähigen Überkapazitäten in Deutschland mit gleichzeitiger Senkung der Kosten abgebaut werden. Die Konditionen, die Subunternehmen den Bauherren für ausländische Fachkräfte vorschlagen, sind hier attraktiver. Sie unterliegen den Lohnauflagen über die Mindestlöhne und liegen meistens knapp über diesen. Für Arbeitnehmer aus Schlesien sind sie aber in gleicher Weise attraktiv.

Nicht nur in der Baubranche werden Fachleute aus Schlesien eingesetzt. Ein weiterer Bereich, der sich durch großen Bedarf an Arbeitskräften auszeichnet, sind die Pflegeberufe. Hier herrscht ein chronischer Mangel an Personal, der auf den spezifischen Charakter der Tätigkeit (Arbeit mit älteren Menschen und Direktkontakt mit chronisch Kranken) und niedrige Attraktivität der finanziellen Konditionen zurückzuführen ist. Die Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung sollte den Notstand beseitigen; der Bereich scheint aber mittlerweile die Domäne des aus Polen und den anderen MOE-Staaten stammenden Pflegepersonals zu sein. Wie wichtig die Deckung des Bedarfs in den Pflegeberufen ist, illustrieren die zahlreichen Privatinitiativen und Petitionen, in deren Folge die Bundesregierung beschloss, den Arbeitsmarkt ab Februar 2002 für die Interessenten aus Mittel- und Osteuropa noch weiter zu öffnen.

In der Landwirtschaft oder in den klassischen Dienstleistungsbranchen, wie etwa in der Gastronomie, werden vorwiegend Saisonarbeiter im Rahmen der zwischen Deutschland und den MOE-Staaten vertraglich regulierten

Kontingente beschäftigt. Die Beschäftigung der polnischen Arbeitskräfte bei der Weinlese, dem Spargelstechen oder bei der Erdbeerernte hat inzwischen Tradition und genießt bei den Arbeitgebern, die auf ihre Hilfe angewiesen sind, einen guten Ruf. Bemerkenswert ist hier die Tatsache, dass die Saisonarbeiter aus ganz Polen, in minimalem Prozentsatz aber nur aus dem Opperler Raum kommen. Die Umfragen zeigen, dass diese Beschäftigungsart in Deutschland für die Migranten aus Opperler Schlesien nicht attraktiv ist. Seit einiger Zeit nehmen aber die Fahrten zur Arbeit in den landwirtschaftlichen Betrieben in Holland zu. Hier handelt es sich vor allem um die Beschäftigung in der Blumenindustrie und Gewächshaus-Gärtnerei.

Analysiert man den Bildungsgrad der schlesischen Pendler, zeigen die Studien ein ähnliches Profil auf: Die überwiegende Mehrheit der Wanderarbeiter hat eine Berufsausbildung abgeschlossen. Ihnen folgen die Abiturinhaber, die Personen mit dem Grundschulabschluss und zuletzt marginal die Hochschulabsolventen:

Bildungsgrad der Migranten aus Opperler Schlesien (in %)			
Grundschule	Berufsschule	Abitur	Hochschulstudium
11,1	64,5	18,0	4,9

Quelle: Eigene Untersuchung

Diese Struktur spiegelt die Verhältnisse auf dem lokalen Arbeitsmarkt wieder: Die Qualität der Stellenangebote für Absolventen der Berufsschule und niedrige Gehälter stellen schwache Alternativen für diejenigen dar, die eine anderweitige Möglichkeit haben, eine niedrig qualifizierte, aber umgerechnet höher lohnende Arbeit in Deutschland anzunehmen<sup>17</sup>. Die Erklärung für

17 Vgl. dazu Kordian Kolbiarz, Popyt na pracę. Analiza ofert pracy pozostających w dyspozycji powiatowych urzędów pracy w 1999 r. i w I półroczu roku 2000 według wykształcenia potencjalnych pracobiorców oraz propozycji pracy trudnych do realizacji. Popyt na pracę wśród absolwentów według wykształcenia i zawodów

die niedrige Quote der Hochschulabsolventen unter den Migranten kann man in ihrem im Vergleich zur Gesamtzahl der „Doppelpassinhaber“ geringen Prozentsatz suchen. Eine andere Möglichkeit besteht darin, dass die Konditionen auf dem heimischen Arbeitsmarkt im Vergleich zu denen für Berufsschulabsolventen besser sind und die Migration als Alternative für die besser Ausgebildeten gleichwertig ist (auch die Hochschulabsolventen werden meistens in den niedrig qualifizierten Arbeitsbereichen eingesetzt). Der subjektive Gewinn fällt kleiner aus, die mit der Pendelwanderung verbundenen Kosten kompensieren ihn im geringeren Maße.

Das Altersprofil der Arbeitsmigranten zeigt die Verteilung der Personengruppen im erwerbsfähigem Alter. Die größte Gruppe bilden erwartungsgemäß die 19- bis 35-Jährigen; sie stellen beinahe die Hälfte der Pendler dar. Mit fortschreitendem Alter sinkt die Migrationsbereitschaft, was viele Gründe haben mag, doch unter den Migranten befinden sich auch Personen (obwohl nur in einer marginalen Zahl), die 60 Jahre und älter sind.

Klassifikation der Migranten nach Altersgruppen (in %)			
19-35 Jahre	36-45 Jahre	46-60 Jahre	Über 60 Jahre
45,9	32,9	17,3	2,4

Quelle: Eigene Untersuchung

Dies bedeutet, dass die migrationsstimulierenden *Push*- und *Pull*-Faktoren Auswirkungen, wenngleich mit unterschiedlichen Intensität, in allen Altersgruppen haben.

w 1999 r. i w I półroczu 2000. In: Urząd Marszałkowski Województwa Opolskiego, Departament Polityki Regionalnej (Hrsg.), Rozmiary i kierunki zapotrzebowania na kwalifikowane kadry pracownicze w województwie opolskim, Opole 2001, Seiten 97-112.

### *Faktor kulturelle Bindung und Sprache*

Die Argumentation, die Struktur und die Qualität der erwerbsorientierten Pendelwanderung aus Oppelner Schlesien nach Deutschland könne Aufschluss geben über die künftige Entwicklung der Mobilität der Arbeitnehmer aus den Beitrittskandidaten nach der Osterweiterung, scheint in der Frage nach der Funktion des Faktors „Sprache und kulturelle Bindung“ in dem oben genannten Beispiel entkräftet zu sein. Denn bei den Akteuren der Migrationsbewegung handelt es sich um schlesische Deutsche und – in der überwiegenden Mehrzahl – ihre Nachkommen, die zwar schon in Polen geboren, doch in einer spezifischen, mit der „hochpolnischen“ selten in Interaktion tretenden oberschlesischen Kultur aufgewachsen sind. In Folge der kontinuierlichen Abwanderung in die Bundesrepublik zwischen 1950 und 1989 bildete fast jede schlesische Familie ein Netzwerk aus Familienangehörigen zwischen den beiden Ländern; die gegenseitigen Kontakte, wenngleich bis 1989 bürokratisch streng reglementiert, ermöglichten gewissermaßen eine der heutigen ähnliche, zeitlich begrenzte Arbeitsmigration mit dem Unterschied, dass sie in kleinerem Maße ausfiel und illegale Beschäftigung (bis 1990 wurden die deutschen Reisepässe nur den Spätaussiedlern nach der Übersiedlung in die Bundesrepublik ausgehändigt) beinhaltete. Die finanzielle Attraktivität der Beschäftigung, deren Länge die Gültigkeitsdauer der Aufenthaltsgenehmigung bestimmte, war enorm. Die damalige Marktumrechnung der D-Mark zum polnischen Złoty stand im Verhältnis etwa 1:60. Der Mythos des westdeutschen Wohlstands und der sozialen Ordnung war in der schlesischen Kultur vor allem seit den Siebziger Jahren stets präsent.

Die Benutzung der deutschen Sprache konzentrierte sich nur auf die private Sphäre; das Verbot des deutschen Unterrichts bestand in Oppelner Schlesien bis 1988<sup>18</sup>. Die Deutschkenntnisse gingen unweigerlich zurück; heute

18 Vgl. Thomas Urban, *Deutsche in Polen. Geschichte und Gegenwart einer Minderheit*, München 1993



beherrschen nur wenige, meist ältere Menschen die Sprache in Wort und Schrift. Seit 1990 wird aber der Deutschunterricht in den Schulen der schlesischen Gemeinden intensiv gefördert.

Zwar bezeichnen die meisten Befragten in den Umfragen das Niveau ihrer Deutschkenntnisse als „mittel“, die Aussagen geben jedoch keine Auskunft über die Qualität der Sprache. Für junge Menschen, die die größte Gruppe unter den Pendlern ausmachen (vgl. Tabelle auf Seite 23) stellt die Perspektive, gleich nach der Lehre nach Deutschland zur lohnenden Arbeit zu fahren, paradoxerweise keinen Impuls für die Vertiefung der Sprachkenntnisse dar, ganz zu schweigen von der Absicht, im Heimatland einen Hochschulabschluss anzustreben, was die Vertreter der deutschen Minderheit oft anmahnen<sup>19</sup>.

Kenntnisse der deutschen Sprache bei den Migranten (in %)		
Keine oder schwache	Mittlere	Gute bis sehr gute
24,8	58,3	15,5

Quelle: Eigene Untersuchung

Analysiert man nämlich Arbeitsbereiche, in denen die schlesischen Migranten eingesetzt werden, stellt man oft fest, dass der Gebrauch der (hier deutschen) Sprache für die Ausführung der Arbeitsanweisungen nicht zwingend erforderlich ist. Das Beispiel des Baugewerbes zeigt dies deutlich: Einerseits bedarf es meist eines zweisprachigen Vorarbeiters, der die Kommunikation zwischen dem Auftraggeber (Bauherr, Bauleiter) und den Bauarbeitern aufrecht erhält, andererseits wird der für die Arbeitsabläufe signifikante Wortschatz von den Arbeitern in kürzester Zeit angeeignet. Dieses Modell funktioniert in Bezug auf alle ausländischen Arbeiter auf

19 Hierzu hat der Parlamentsabgeordneter der deutschen Minderheit Henryk Kroll mehrmals auf die Defizite in der Ausbildung und den Sprachkenntnissen der jungen Migranten hingewiesen, die Aufnahme einer anspruchsvolleren Beschäftigung im Ausland verhindern.

den deutschen Baustellen seit mehreren Jahren. Es ist anzunehmen, dass dies auch bei der Beschäftigung der beispielsweise tschechischen Arbeitskräfte in Schweden oder der ungarischen in Holland funktionieren wird. Gleichwohl bezieht sich dieses Modell auf die Tätigkeitsbereiche, die keine hoch qualifizierten Fachkräfte, bzw. keinen „direkten Kundenkontakt“ erfordern. Es ist zu vermuten, dass die meisten schlesischen Migranten die deutsche Sprache auf einem kommunikationsfähigen Niveau beherrschen, was aber nicht bedeutet, dass sie Voraussetzung für die Aufnahme einer Beschäftigung in Deutschland ist. Die seit einiger Zeit beobachtete neue Migrationsströmung nach Holland und Belgien scheint das Argument des Vorteils der sprachlichen Kenntnisse in Frage zu stellen. So dürften sich Arbeitskräfte aus anderen Teilen Polens in diesen Ländern in gleicher Position in punkto Sprache wie die aus Opper Schlesien heute wieder finden.

### *Faktor Logistik*

Ein weiteres Argument, das für den periodischen Charakter der künftigen Arbeitsmigration aus den Beitrittskandidaten nach der Erweiterung der Gemeinschaft spricht, ist die Analyse der logistischen Abwicklung in der gegenwärtigen schlesischen Arbeitswanderung. Hier spielen zahlreiche Vermittlungsfirmen mit Sitz im Zielland eine entscheidende Rolle. Ihre Funktion hat einen doppelten Charakter, nämlich als Anwerber und Betreuer. Durch die Anzeigen in den lokalen Medien werben sie mit den Arbeitsangeboten in den EU-Staaten und zugleich sichern sie meist mit eigenem Transport die Anfahrt zu dem Einsatzort. Dort stellen sie den Arbeitskräften Unterkünfte zur Verfügung, für die monatlich ein gewisser Anteil vom Lohn als Miete abgezogen wird. Die Lohnabwicklung erfolgt über die Vermittlungsfirma, die wiederum im Zielland als Subunternehmen vertraglich tätig ist und ihre Arbeitskräfte in verschiedenen Arbeitsfeldern einsetzt. So haben die Arbeitskräfte den Status der klassischen Leiharbeiter; die Subunternehmen tragen Verantwortung für sie. Diese beinhaltet beispielsweise die Übernahme der Sozialversicherungspflicht und die Einhaltung der nationalen Richtlinien über Mindestlöhne (in der Praxis wird letz-

teres nicht immer eingehalten). Auf diese Weise dürfen nach dem Ablauf der Übergangsperioden ähnliche Vermittlungsfirmen auf den Arbeitsmärkten der „alten“ Mitglieder der EU agieren, wo ähnlicher Arbeitskräftebedarf in diversen Bereichen besteht oder bestehen wird.

Ein erheblicher Teil der in der lokalen Medien erscheinenden Stellenangebote richtet sich an die Inhaber des deutschen Reisepasses. Die Intensität der in der Stadt Oppeln, dem administrativen und wirtschaftlichen Zentrum der Region, betriebenen Werbung lässt ahnen, dass der Bedarf an Arbeitskräften für den Einsatz in Deutschland und neuerlich Holland die Nachfrage teilweise übertrifft. Die „Doppelpassinhaber“ befinden sich in diesem Sinne gegenwärtig in einer exklusiven Situation, in der trotz aller Tendenzen auf dem lokalen und überregionalen Arbeitsmarkt nicht nur in Polen das Stellenangebot die Zahl der Stellengesuche übertrifft. Es ist zu vermuten, dass dieser Umstand bis zur vollständigen Öffnung der EU-Arbeitsmärkte für die Arbeitskräfte aus den neuen Mitgliedern der Gemeinschaft andauern wird.

### ***Auswirkungen der Arbeitsmigration auf die Gemeinden der Region Oppeln***

Die Gemeinden der Wojewodschaft Oppeln, die sich durch die höchste Quote der Migration auszeichnen, gehören zu denen mit der niedrigsten Arbeitslosigkeit. Es ist gerade den Beschäftigungsmöglichkeiten im Ausland zu verdanken, dass die Arbeitslosenzahl sich auf niedrigem Niveau eingependelt hat. Einige Bürgermeister vermuten einen Anstieg der Arbeitslosenquote von bis zu 40-50%, sollte der Arbeitsmarkt in der EU nach der Erweiterung liberalisiert werden. Dann stünden nämlich die Doppelpassinhaber in direkter Konkurrenz mit gleichen Chancen um die gleichen Arbeitsplätze mit den Tschechen oder den Ungarn, was zu einer drastischen Verknappung der Stellenangebote führen wird. In diesem Falle werden Kriterien wie Sprachkenntnisse und bessere Ausbildung von Vorteil sein; in beiden weisen die heutigen Arbeitsmigranten jedoch Defizite auf.

Der Abfluss der Arbeitskraft bereitet den Gemeinden auch finanzielle Probleme; im Landesvergleich nehmen sie hier die unteren Plätze ein. Die ausgebliebene Einkommenssteuer kann durch die Einbehaltung der sonst notwendigen Ausgaben wie Arbeitslosenhilfe nicht kompensiert werden. Die regelmäßige Migration entmutigt wiederum die potentiellen Investoren, denen die örtlichen Fachkräfte fehlen. Gefährlich für die Entwicklung der Region ist die Tendenz der großen deutschen Unternehmen und Konzerne, Opper Schlesien in ihren Investitionsplänen für Polen bewusst zu meiden. Angeblich sollen dadurch Anschuldigungen der „Regermanisierung“ der Region, welche sich in der rechtsnationalen Rhetorik einiger politischer Parteien finden und das Geschäftsklima verschlechtern, entkräftet werden. Die Bemühungen, mittels ökonomischer Anreize die Menschen zum Verbleib und zur Arbeit in ihrer Gemeinden zu bewegen, sind fehlgeschlagen. Die Investoren aus dem Mittelstand klagen über mangelnde Bereitschaft der Arbeitskräfte zur Aufnahme der im Landesmittel üblich entlohn- ten Beschäftigung in den Migrantengemeinden, was angesichts der Perspektive einer schlechteren, aber viel besser entlohn- ten Tätigkeit in Deutschland nicht verwundert. Damit schließt sich der Kreis und die Arbeitsmigration wird vermutlich weiterhin die wirtschaftliche Entwicklung in den betroffenen Gemeinden stark beeinflussen<sup>20</sup>.

Die finanziellen Schwierigkeiten der Gemeinden stehen im klaren Widerspruch zu dem privaten Vermögen der Einwohner. In dieser Kategorie befinden sie sich in den oberen Positionen – die im Ausland erarbeiteten Mittel werden meistens in den privaten Konsum investiert und sichern den hohen Lebensstandard der Familie (vgl. Tabelle auf Seite 20). Die sozialen Kosten der Arbeitsmigration sind dagegen hoch. Die Trennung der Familien, die mehrere Wochen und Monate dauert, wird als Ursache für ihren Zerfall gedeutet. Die fehlende persönliche Kontakt der im Ausland arbeiteten Väter (und immer häufiger der Mütter) mit den Kindern ent-

20 Krzysztof Zyzik, Drang nach Westen, Nowa Trybuna Opolska, 26.09.1998

fremdet sie von den eigenen Eltern. Die schulpflichtigen Kinder und Jugendlichen in den Gemeinden orientieren sich zunehmend an den materiellen Vorteilen der Migration und versuchen nach dem ersten Abschluss diesen Weg einzuschlagen. Die Monotonie des Alltags der Arbeiter im Ausland und seltener Kontakt mit den Familien führen zu Spannungen; Aggressionen und Alkoholprobleme sind die Folge. Die Scheidungsrate ist in den Neunziger Jahren in den betroffenen Gemeinden rapide angestiegen. Wie groß mittlerweile das Problem ist, illustrieren zahlreiche Artikel in der lokalen Presse. Den sozialen Problemen und dem drohenden Zerfall der Substanz der traditionellen schlesischen Familie nahm sich auch die katholische Kirche an, die eine hohe Autorität genießt. In einer Osternbotschaft 2001 wandte sich der Erzbischof der Oppelner Diözese in einem dramatischen Appell an die Gläubigen, nicht dem materiellen Segen blind zu verfallen und dafür den Preis des Zerfalls der Familie zu zahlen.

### **Ausblick**

Die Struktur der periodischen Arbeitsmigration aus dem Raum Oppeln nach Deutschland und Holland kann, obwohl nur eingeschränkt, einen künftigen Charakter der erwerbsorientierten Wanderung aus den „neuen“ Mitgliedern in ausgewählte Länder der „alten“ EU wiedergeben. Das schlesische Migrationsmodell zeigt im Mikromaßstab die Tendenzen in gewissen Arbeitsmarktbereichen, die eine weitere Internationalisierung der Arbeitskraft erfahren werden. Nach der Öffnung der Arbeitsmärkte wird sich nach dem oben aufgeführten Muster eine Erwerbswanderung aus Mittel- und Osteuropa besonders im Niedriglohnbereich und den als unattraktiv geltenden Berufen etablieren, die sich nach dem Arbeitskräftebedarf in den Zielländern orientiert.

Die Kraft der stimulierenden *Push*- und *Pull*-Faktoren in den Ursprungs- und Zielländern, wie die schwierige Lage auf dem lokalen Arbeitsmarkt und niedrige Löhne einerseits, das breite, für die potentiellen Migranten finanziell attraktive Stellenangebot in einigen Ländern Westeuropas ande-

rerseits, kann noch für eine gewisse Zeit nach der Erweiterung der Gemeinschaft die Migrationspotentiale verstärken. Die Tatsache, dass etwa die Hälfte der Befragten in den Kandidatenstaaten<sup>21</sup> Deutschland als Migrationsziel angibt, wirft die Frage nach den Motiven auf, die sich hinter dieser Präferenz verbergen. Eine der Anziehungskräfte ist hier die spezifische Eigenschaft des deutschen Arbeitsmarktes mit der Existenz einer hohen Arbeitslosigkeit neben einer großen Zahl der nicht nur in den hoch qualifizierten Fachbereichen unbesetzten Stellen. Paradoxerweise gibt die von vielen Kritikern behauptete vermeintliche „Gefahr“ der Destabilisierung des deutschen Arbeitsmarktes einen entscheidenden Impuls zu dessen dringend benötigten Reformen. Die Wirtschaftsexperten nennen die Unflexibilität und Überregulierung des Arbeitsmarktes einen der wichtigsten Gründe der hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland. Ohne die entschiedenen Eingriffe in seine Substanz und die Anpassung an die wirtschaftliche Situation in der Welt werden die deutschen Arbeitnehmer, besonders im Niedriglohnssektor, von den hoch motivierten polnischen, tschechischen oder ungarischen Arbeitskräften zunehmend verdrängt. Eine Abgrenzung des Arbeitsmarktes kann nach den Beschlüssen der Europäischen Kommission und der Formel 2+3+2 höchstens sieben Jahre dauern. Dies würde aber große Nachteile für die deutsche Wirtschaft mit sich bringen. Die Freizügigkeit des Kapitals, der Waren der Dienstleistungen und der Personen wird die Wirtschaft nach der Erweiterung in der gesamten Europäischen Union ankurbeln und den Austausch von Ideen und Wissen bewirken, was sicherlich eine Bereicherung für beide Seiten sein wird. Schließlich ist die Idee der europäischen Einigung grundsätzlich eine optimistische.

21 Vgl. Ergebnisse der Umfrage des polnischen Centrum Badania Opinii Społecznej (CBOS), <http://www.cbos.pl/SPISKOM.POL/2001/KOM071/KOM071.HTM>, abgerufen am 02.02.2002

**ZEI DISCUSSION PAPER:** Bisher erschienen / Already published:

- C 1 (1998) Frank Ronge (Hrsg.)  
Die baltischen Staaten auf dem Weg in die Europäische Union
- C 2 (1998) Gabor Erdödy  
Die Problematik der europäischen Orientierung Ungarns
- C 3 (1998) Stephan Kux  
Zwischen Isolation und autonomer Anpassung: Die Schweiz im integrationspolitischen Abseits?
- C 4 (1998) Guido Lenzi  
The WEU between NATO and EU
- C 5 (1998) Andreas Beierwaltes  
Sprachenvielfalt in der EU – Grenze einer Demokratisierung Europas?
- C 6 (1998) Jerzy Buzek  
Poland's Future in a United Europe
- C 7 (1998) Doug Henderson  
The British Presidency of the EU and British European Policy
- C 8 (1998) Simon Upton  
Europe and Globalisation on the Threshold of the 21st Century.  
A New Zealand Perspective
- C 9 (1998) Thanos Veremis  
Greece, the Balkans and the European Union
- C 10 (1998) Zoran Djindjic  
Serbiens Zukunft in Europa
- C 11 (1998) Marcus Höreth  
The Trilemma of Legitimacy. Multilevel Governance in the EU and the Problem of Democracy
- C 12 (1998) Saadollah Ghaussy  
Japan and the European Union
- C 13 (1998) Walter Schweidler  
Bioethische Konflikte und ihre politische Regelung in Europa
- C 14 (1998) Wolfgang Ischinger  
Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik nach Amsterdam
- C 15 (1998) Kant K. Bhargava  
EU – SAARC: Comparisons and Prospects of Cooperation
- C 16 (1998) Anthony J. Nicholls  
Die deutsch-britischen Beziehungen: Ein hoffnungsloser Fall?
- C 17 (1998) Nikolaj Petersen  
The Danish Referendum on the Treaty of Amsterdam
- C 18 (1998) Aschot L. Manutscharjan  
Der Konflikt um Berg-Karabach: Grundproblematik und Lösungsperspektiven
- C 19 (1998) Stefan Fröhlich  
Der Ausbau der europäischen Verteidigungsidentität zwischen WEU und NATO
- C 20 (1998) Tönis Lukas  
Estland auf dem Weg aus der totalitären Vergangenheit zurück nach Europa
- C 21 (1998) Wim F. van Eekelen  
Perspektiven der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU
- C 22 (1998) Ludger Kühnhardt  
Europa in den Kräftefeldern des 21. Jahrhunderts.
- C 23 (1998) Marco Bifulco  
In Search of an Identity for Europe
- C 24 (1998) Zbigniew Czachór  
Ist Polen reif für die Europäische Union?
- C 25 (1998) Avi Primor  
Der Friedensprozeß im Nahen Osten und die Rolle der Europäischen Union
- C 26 (1998) Igor Leshoukov  
Beyond Satisfaction: Russia's Perspectives on European Integration
- C 27 (1998) Dirk Rohtus  
Die belgische „Nationalitätenfrage“ als Herausforderung für Europa

- C 28 (1998) Jürgen Rüttgers  
Europa – Erbe und Auftrag
- C 29 (1999) Murat T. Laumulin  
Die EU als Modell für die zentralasiatische Integration?
- C 30 (1999) Valdas Adamkus  
Europe as Unfinished Business: The Role of Lithuania  
in the 21<sup>st</sup> Century's Continent
- C 31 (1999) Ivo Samson  
Der widerspruchsvolle Weg der Slowakei in die EU.
- C 32 (1999) Rudolf Hrbek / Jean-Paul Picaper / Arto Mansala  
Deutschland und Europa. Positionen, Perzeptionen, Perspektiven
- C 33 (1999) Dietrich von Kyaw  
Prioritäten der deutschen EU-Präsidentschaft unter Berücksichtigung des  
Europäischen Rates in Wien
- C 34 (1999) Hagen Schulze  
Die Identität Europas und die Wiederkehr der Antike
- C 35 (1999) Günter Verheugen  
Germany and the EU Council Presidency
- C 36 (1999) Friedbert Pflüger  
Europas globale Verantwortung – Die Selbstbehauptung der alten Welt
- C 37 (1999) José María Gil-Robles  
Der Vertrag von Amsterdam: Herausforderung für die Europäische Union
- C 38 (1999) Peter Wittschorek  
Präsidentenwahlen in Kasachstan 1999
- C 39 (1999) Anatolij Ponomarenko  
Die europäische Orientierung der Ukraine
- C 40 (1999) Eduard Kukan  
The Slovak Republic on its Way into the European Union
- C 41 (1999) Ludger Kühnhardt  
Europa auf der Suche nach einer neuen geistigen Gestalt
- C 42 (1999) Simon Green  
Ausländer, Einbürgerung und Integration: Zukunftsperspektive der  
europäischen Unionsbürgerschaft?
- C 43 (1999) Ljerka Mintas Hodak  
Activities of the Government of the Republic of Croatia in the Process of  
European Integration
- C 44 (1999) Wolfgang Schäuble  
Unsere Verantwortung für Europa
- C 45 (1999) Eric Richard Staal  
European Monetary Union: The German Political-Economic Trilemma
- C 46 (1999) Marek J. Siemek  
Demokratie und Philosophie
- C 47 (1999) Ioannis Kasoulides  
Cyprus and its Accession to the European Union
- C 48 (1999) Wolfgang Clement  
Perspektiven nordrhein-westfälischer Europapolitik
- C 49 (1999) Volker Steinkamp  
Die Europa-Debatte deutscher und französischer Intellektueller nach dem  
Ersten Weltkrieg
- C 50 (1999) Daniel Tarschys  
50 Jahre Europarat
- C 51 (1999) Marcin Zaborowski  
Poland, Germany and EU Enlargement
- C 52 (1999) Romain Kirt  
Kleinstaat und Nationalstaat im Zeitalter der Globalisierung
- C 53 (1999) Ludger Kühnhardt  
Die Zukunft des europäischen Einigungsgedankens



- C 54 (1999) Lothar Rühl  
Conditions and options for an autonomous „Common European Policy on Security and Defence“ in and by the European Union in the post-Amsterdam perspective opened at Cologne in June 1999
- C 55 (1999) Marcus Wenig (Hrsg.)  
Möglichkeiten einer engeren Zusammenarbeit in Europa am Beispiel Deutschland - Slowakei
- C 56 (1999) Rafael Biermann  
The Stability Pact for South Eastern Europe - potential, problems and perspectives
- C 57 (1999) Eva Slivková  
Slovakia's Response on the Regular Report from the European Commission on Progress towards Accession
- C 58 (1999) Marcus Wenig (Ed.)  
A Pledge for an Early Opening of EU-Accession Negotiations
- C 59 (1999) Ivo Sanader  
Croatia's Course of Action to Achieve EU Membership
- C 60 (2000) Ludger Kühnhardt  
Europas Identität und die Kraft des Christentums
- C 61 (2000) Kai Hafez  
The West and Islam in the Mass Media
- C 62 (2000) Sylvie Goulard  
Französische Europapolitik und öffentliche Debatte in Frankreich
- C 63 (2000) Elizabeth Meehan  
Citizenship and the European Union
- C 64 (2000) Günter Joetze  
The European Security Landscape after Kosovo
- C 65 (2000) Lutz Rathenow  
Vom DDR-Bürger zum EU-Bürger
- C 66 (2000) Panos Kazakos  
Stabilisierung ohne Reform
- C 67 (2000) Marten van Heuven  
Where will NATO be ten years from now ?
- C 68 (2000) Carlo Masala  
Die Euro-Mediterrane Partnerschaft
- C 69 (2000) Weltachsen 2000/World Axes 2000. A documentation
- C 70 (2000) Gert Maichel  
Mittel-/Osteuropa: Warum engagieren sich deutsche Unternehmen?
- C 71 (2000) Marcus Wenig (Hrsg.)  
Die Bürgergesellschaft als ein Motor der europäischen Integration
- C 72 (2000) Ludger Kühnhardt/Henri Ménudier/Janusz Reiter  
Das Weimarer Dreieck
- C 73 (2000) Ramiro Xavier Vera-Fluixa  
Regionalbildungsansätze in Lateinamerika und ihr Vergleich mit der Europäischen Union
- C 74 (2000) Xuewu Gu (Hrsg.)  
Europa und Asien: Chancen für einen interkulturellen Dialog?
- C 75 (2000) Stephen C. Calleya  
Is the Barcelona Process working?
- C 76 (2000) Ákos Kengyel  
The EU's Regional Policy and its extension to the new members
- C 77 (2000) Gudmundur H. Frimannsson  
Civic Education in Europe: Some General Principles
- C 78 (2000) Marcus Höreth  
Stille Revolution im Namen des Rechts?
- C 79 (2000) Franz-Joseph Meiers  
Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität (ESVI) oder Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GESVP)?

- C 80 (2000) Gennady Fedorov  
Kaliningrad Alternatives Today
- C 81 (2001) Ann Mettler  
From Junior Partner to Global Player: The New Transatlantic Agenda and Joint Action Plan
- C 82 (2001) Emil Minchev  
Southeastern Europe at the beginning of the 21<sup>st</sup> century
- C 83 (2001) Lothar Rühl  
Structures, possibilities and limits of European crisis reaction forces for conflict prevention and resolution
- C 84 (2001) Viviane Reding  
Die Rolle der EG bei der Entwicklung Europas von der Industriegesellschaft zur Wissens- und Informationsgesellschaft
- C 85 (2001) Ludger Kühnhardt  
Towards Europe 2007. Identity, Institution–Building and the Constitution of Europe
- C 86 (2001) Janusz Bugajski  
Facing the Future: The Balkans to the Year 2010
- C 87 (2001) Frank Ronge / Susannah Simon (eds.)  
Multiculturalism and Ethnic Minorities in Europe
- C 88 (2001) Ralf Elm  
Notwendigkeit, Aufgaben und Ansätze einer interkulturellen Philosophie
- C 89 (2001) Tapio Raunio / Matti Wiberg  
The Big Leap to the West: The Impact of EU on the Finnish Political System
- C 90 (2001) Valérie Guérin-Sendelbach (Hrsg.)  
Interkulturelle Kommunikation in der deutsch-französischen Wirtschaftskooperation
- C 91 (2001) Jörg Monar  
EU Justice and Home Affairs and the Eastward Enlargement: The Challenge of Diversity and EU Instruments and Strategies
- C 92 (2001) Michael Gehler  
Finis Neutralität? Historische und politische Aspekte im europäischen Vergleich: Irland, Finnland, Schweden, Schweiz und Österreich
- C 93 (2001) Georg Michels  
Europa im Kopf – Von Bildern, Klischees und Konflikten
- C 94 (2001) Marcus Höreth  
The European Commission's White Paper Governance: A 'Tool-Kit' for closing the legitimacy gap of EU policymaking?
- C 95 (2001) Jürgen Rüländ  
ASEAN and the European Union: A Bumpy Interregional Relationship
- C 96 (2001) Bo Bjurulf  
How did Sweden Manage the European Union?
- C 97 (2001) Biomedizin und Menschenwürde.  
Stellungnahmen von Ulrich Eibach, Santiago Ewig, Sabina Laetitia Kowalewski, Volker Herzog, Gerhard Höver, Thomas Sören Hoffmann und Ludger Kühnhardt
- C 98 (2002) Lutz Käppel  
Das Modernitätspotential der alten Sprachen und ihre Bedeutung für die Identität Europas
- C 99 (2002) Vaira Vike-Freiberga  
Republik Lettland und das Land Nordrhein-Westfalen – Partner in einem vereinten Europa
- C 100 (2002) Janusz Musial  
Periodische Arbeitsmigration aus Polen (Raum Opoln) nach Deutschland. Ein Testfall für die Erwerbswanderungen nach der Osterweiterung?
- C 101 (2002) Felix Maier (Hrsg.)  
Managing asymmetric interdependencies within the Euro-Mediterranean Partnership.
- C 102 (2002) Hendrik Vos  
The Belgian Presidency and the post-Nice process after Laeken
- C 103 (2002) Helmut Kohl  
Der EURO und die Zukunft Europas

Das **Zentrum für Europäische Integrationsforschung (ZEI)** wurde 1995 als selbständig arbeitende, interdisziplinäre Forschungseinrichtung an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn gegründet. In Forschung, Lehre und Politikberatung sowie im Dialog zwischen Wissenschaft und Praxis beteiligt sich das ZEI an der Lösung bisher unbewältigter Probleme der europäischen Einigung und der Gestaltung der Rolle Europas in der Welt. Weitere Informationen finden Sie auf unserer Homepage im Internet: <http://www.zei.de>.

*ZEI – DISCUSSION PAPERS* richten sich mit ihren von Wissenschaftlern und politischen Akteuren verfaßten Beiträgen an Wissenschaft, Politik und Publizistik. Jeder Beitrag unterliegt einem internen Auswahlverfahren und einer externen Begutachtung. Gleichwohl gibt er die persönliche Meinung der Autoren wieder. Die Beiträge fassen häufig Ergebnisse aus laufenden Forschungsprojekten zusammen. Die aktuelle Liste finden Sie auf unserer Homepage: <http://www.ZEI.de>.

The **Center for European Integration Studies (ZEI)** was established in 1995 as an independent, interdisciplinary research institute at the University of Bonn. With research, teaching and political consultancy ZEI takes part in an intensive dialogue between scholarship and society in contributing to the resolution of problems of European integration and the development of Europe's global role. For further information, see: <http://www.zei.de>.

*ZEI – DISCUSSION PAPERS* are intended to stimulate discussion among researchers, practitioners and policy makers on current and emerging issues of European integration and Europe's global role. Each paper has been exposed to an internal discussion within the Center for European Integration Studies (ZEI) and an external peer review. The papers mostly reflect work in progress. For a current list, see the center's homepage: <http://www.ZEI.de>.

---

ISSN 1435-3288

ISBN 3-936183-00-7

---



**Zentrum für Europäische Integrationsforschung**

**Center for European Integration Studies**

**Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn**

Walter-Flex-Straße 3  
D-53113 Bonn  
Germany

Tel.: +49-228-73-1880  
Fax: +49-228-73-1788  
<http://www.zei.de>